a 46 A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 61 Donnerstag, den 22. Mai 1930 43. Jahrgang

Diskontermäßigung bei der Reichsbank.

Dr. Luthers Begründung.

Berlin, 20. Mai.

Der Zentralausschuß der Reichsbank hat beschlossen, den Diskontsatz um ½ auf 4½ v. H. und den Lombardsatz gleichzeitig um ½ v. H. auf 5½ v. H. mit Wirkung ab Dienstag zu ermäßigen.

Zur Begründung führte Reichsbankpräsident Dr. Luther aus, die Goldverflüssigung an den internationalen Märkten sei in den letzten Tagen noch stärker geworden, infolgedessen habe die Reichsbank die Fühlung mit dem Privatmarkt immer mehr verloren. Die Goldzuflüsse seien allerdings nur gering gewesen und die Devisensätze hätten sich auch nur wenig verändert. Auf der anderen Seite seien aber die Wechselbestände stark zurückgegangen. Die Reichsbank hoffe mit der Diskontermäßigung der Wirtschaft einen gewissen Antrieb geben zu können. Zu einer Diskontermäßigung auf 4 v. H. habe die Reichsbank sich nicht entschließen können. Er stehe, wie sein Vorgänger, auf dem Standpunkt, daß die derzeitige Höhe des Privatdiskontsatzes wie auch des Reichsbanksatzes der tatsächlichen Lage des deutschen Geldmarktes nicht entsprächen.

Reichsverkehrsministerium im Reichstag.

Berlin, 20. Mai.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums.

Mit der Beratung verbunden ist u. a. ein Antrag des Verkehrsausschusses, wonach die durch die Erhöhung der Berliner Stadt- und Ringbahntarife entstandenen Härten ausgeglichen, der Fahrpreis für den Umsteigefahrschein von 40 auf 35 Pfg. herabgesetzt und ein Umsteigefahrschein für Kinder eingeführt werden soll.

Abgeordneter Dr. Klönne (Deutschn. Arb.-Gem.) nennt den Verkehrshaushalt das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung. Mit Streichungen müsse man hier besonders vorsichtig sein, weil dadurch die Arbeitsmöglichkeiten vermindert und die Erwerbslosigkeit gesteigert werden. Eine Tariferhöhung bei der Reichsbahn werde einen Verkehrsrückgang zur Folge haben.

Reichsverkehrsminister v. Guérard

weist darauf hin, daß der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums höchstens zwei Prozent der Gesamtaufwendungen für das deutsche Verkehrswesen umfaßt. Die Aufgabe des Verkehrsministeriums ist es, die verschiedenen Zweige des Verkehrs in ihrer Eigenart zu erkennen und eine volkswirtschaftlich schädliche Zersplitterung des Verkehrswesens zu verhindern. Das von der Reichsbahn im Konkurrenzkampf mit dem Kraftwagenverkehr angewandte System der Kampftarife ist nicht unbedenklich.

Die von der Reichsbahn beantragte Tariferhöhung für Massengüter hat die Reichsregierung abgelehnt, ebenso aus sozialen Gründen die Preiserhöhung der Arbeiterwochenkarten. Zu der beantragten Erhöhung der Personentarife in mäßigen Grenzen hat sich die Reichsregierung ihre Stellungnahme ausdrücklich vorbehalten.

Eine Reform der Wasserstraßenverwaltung mit dem Ziele der Vereinfachung und Verbilligung soll durch Verhandlungen mit den Ländern erreicht werden. Der Minister verteidigt dann die erhöhten Ansätze für die Luftfahrt, die unter den Streichungen des Vorjahres stark gelitten habe.

Abgeordneter Schumann-Frankfurt (Soz.) bedauert den Konkurrenzkampf der Reichsbahn gegen den Kraftverkehr, der vielfach wirtschaftsschädigende Formen annehme. Die Kraftverkehrsteuer müsse im Interesse des Ausbaues und der Erhaltung unseres Straßennetzes erweitert werden.

Abgeordneter Hartmann (dnatl.) weist darauf hin, daß weite Gebiete, namentlich in Ostpreußen und der Grenzmark, nicht über die für die wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Verkehrseinrichtungen verfügen. Abgeordneter Groß (Ztr.) wünscht, daß für die Verkehrsmaßnahmen des Ost- und Westprogramms die Federführung beim Reichsverkehrsministerium bleibe. In der Tarifpolitik werde der deutsche Süden von der Reichsbahn stiefmütterlich behandelt. Abgeordneter Dr. Wieland (Dem.) tritt für eine Umwandlung des Verkehrsministeriums in ein Ministerium für öffentliche Arbeiten ein.

Abg. Molfath (Wirtsch.-Part.) bezweifelt, daß die Umformung der Stückgütertarife auf der Reichsbahn die erwartete Mehreinnahme von 50 Millionen bringen werde. Der Redner wirft der Reichsbahn vor, daß sie auf manchen Gebieten nicht die nötige Sparsamkeit übe.

Berlin, 21. Mai.

Im Reichstag wurde die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt.

Abgeordneter Geschke (Komm.) erklärt, die Verkehrspolitik der Regierung habe nicht der Volkswirtschaft gedient, sondern nur den kapitalistischen Konzernen und Trusts. Abgeordneter Hintzmann (D. Vp.) bezeichnet es als unmöglich, bei der jetzigen schlechten Finanzlage für die Wasserstraßen Bauprogramme auf lange Sicht aufzustellen. Die Reichsbahnverwaltung dürfe nicht durch das Parlament an Rationalisierungsmaßnahmen gehindert werden.

Reichsverkehrsminister von Guerard

nimmt zu verschiedenen der aufgeworfenen Fragen Stellung. Für den Luftverkehr würden in Frankreich pro Kopf 8,30 Rm., in England 7,70 Rm. und in Deutschland nur 0,78 Rm. ausgegeben. Der Weltkraftkonferenz werde vom Verkehrsministerium größte Aufmerksamkeit gewidmet. Die Bezüge der leitenden Beamten bei der Reichsbahn würden geprüft; bei der schlechten Finanzlage der Reichsbahn sei es unerträglich, wenn sie Gehälter zahle, die jedes Bedürfnis übersteigen.

Abgeordneter Dauer (Bayer. Vp.) tritt für die Schaffung neuer Lufthäfen in Bayern, namentlich in Nürnberg, ein.

Reichssteuereinnahmen im April.

Mehreinkommen bei der Lohnsteuer.

Berlin, 21. Mai.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine Uebersicht über die Reichssteuereinnahmen im April 1930. Danach betragen die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben bei den Besitz- und Verkehrssteuern 768,4 Millionen Rm., bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 215 Millionen Rm., zusammen also 983,4 Millionen Rm. Der Länderanteil hiervon — ohne die Ueberweisung von einem Sechstel des Biersteueraufkommens — beträgt 405,3 Millionen Rm.

Bei der Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer und der Umsatzsteuer ergibt sich gegenüber dem Januar ein Minderaufkommen von zusammen 64,5 Millionen Rm. Das Minderaufkommen bei der veranlagten Einkommen- und Körperschaftssteuer ist darauf zurückzuführen, daß im Januar noch Abschlußzahlungen eingingen, bei der Umsatzsteuer, und auch infolge des Weihnachtsgeschäftes höhere Umsätze zur Versteuerung gelangten.

Die Lohnsteuer

brachte mit 104,9 Millionen Rm. 15,5 Millionen Rm. mehr als im März. Auch das Aufkommen aus dem Steuerabzuge vom Kapitalertrag war wegen des Fälligkeitstermins der Zinsen im April um 24 Millionen Rm. höher als im März. Die Kraftfahrzeugsteuer brachte 2,5 Millionen Rm. und die Beförderungssteuer 2,3 Millionen Rm. mehr ein. Dagegen sind an Vermögenssteuern 12,6 Millionen Rm. weniger aufgekommen, weil im März noch größere Beträge auf die im Februar fälligen Zahlungen eingingen.

An Zöllen und Verbrauchsabgaben

sind im ganzen 7,2 Millionen Rm. weniger aufgekommen als im März. — Im April 1929, dem entsprechenden Monat des Vorjahres, waren insgesamt 939,4 Millionen Rm. aufgekommen.

Preußen und die Osthilfe.

Um die Kommissare. — Verstärkte Siedlung notwendig.

Berlin, 20. Mai.

Die preußischen Ressorts haben sich in den letzten Tagen mit den Gesetzen über die Osthilfe befaßt. Von den politischen Fragen ist u. a. noch strittig die Einrichtung der Kommissariate. Auf preußischer Seite wird einmal Wert darauf gelegt, daß der Reichs- und Staatskommissar Roenneburg, der ein genauer Kenner der Verhältnisse des Ostens ist, und der sich gut eingearbeitet hat, auf seinem Posten verbleibt. Da Roenneburg gleichzeitig Staats- und Reichskommissar ist, so können auch durch diese Regelung keine Kompetenzschwierigkeiten entstehen.

Weiterhin wird in preußischen Kreisen erörtert, daß die gegenwärtig vorgesehene Siedlungshilfe ungenügend ist. Im Osthilfe-Programm sind bisher 225 Millionen für Siedlungsgarantien vorgesehen. Diese Summe muß im Rahmen eines Programms, das insgesamt 1330 Millionen für die Landwirtschaft der Ostgebiete vorsieht, als durchaus ungenügend bezeichnet werden. Mit 225 Millionen könnten im Laufe der nächsten vier Jahre lediglich 7500 Siedlerstellen angelegt werden, da eine Siedlerstelle nach Abzug von 6000 Mark, die aus Hauszinssteuermitteln zur Verfügung stehen, rund 30 000 Mark erfordert. Freilich erhöht sich die Zahl der mit den im Ostprogramm vorgesehenen Summen einzurichtenden Siedlerstellen um eine Kleinigkeit, da ja der Siedler selbst 10 Prozent des Kapitals aufzubringen hat, so daß man mit 8250 Stellen rechnen muß.

Wenn die Siedlung tatkräftig gefördert werden soll, so muß man verlangen daß jährlich mindestens 5000 Neusiedlerstellen geschaffen werden. Es wird deshalb von preußischer Seite gefordert, daß außer den 225 Millionen, die das Ostprogramm zurzeit vorsieht, weitere 300 Millionen zur Verfügung gestellt werden, die sich auf vier Jahre zu verteilen hätten. Rechnet man mit 10 000 Stellen auf Grund dieser weiteren 300 Millionen, mit 7500 mit Hilfe der bereits angesetzten 225 Millionen, so kommt man zu der zu fordernden Zahl von 20 000 Siedlerstellen im Laufe der nächsten vier Jahre, wenn man die Hauszinssteuermittel und die 10 Prozent aus dem Eigenkapital der Siedler ebenfalls in Rechnung bringt.

Die gesamte Zahl könnte noch um etwa 1 Prozent erhöht werden, wenn es zu einem Generalabkommen mit den Hypothekenbanken und den öffentlich rechtlichen Kreditanstalten käme derart, daß die ersten Hypotheken stehen bleiben, die bisher bar ausgezahlt wurden.

Weitere 40 Millionen wird voraussichtlich Preußen für die Siedlung zur Verfügung stellen, wie es dies ja in den letzten Jahren regelmäßig getan hat. Durchaus ungenügend ist die Beteiligung der Rentenbank-Kredit-Anstalt, die sich bisher lediglich bereit erklärt hat, 10 Millionen für die Siedlung bereit zu stellen. Es muß verlangen, daß dieser Betrag auf mindestens 20 Millionen erhöht wird.

Notopfer in Sicht?

Anträge des Zentrums.

Berlin, 21. Mai.

In einer Zusammenkunft von Arbeitervertretern der Zentrumspartei wurden auch Pläne besprochen, die von seiten der Regierung zur Abdeckung des neuen Fehlbetrages beim Haushalt der Arbeitslosenversicherung erwogen werden. Man berechnet diesen Fehlbetrag einschließlich der Krisenfürsorge insgesamt auf etwa 140—150 Millionen für das laufende Haushaltsjahr. Ueber dieselbe Frage fand eine Aussprache zwischen dem Reichsarbeitsminister Stegerwald und den Arbeitervertretern des Zentrums statt.

In den Plänen, die zurzeit erwogen werden, dürfte erneut der Gedanke eines Notopfers eine Rolle spielen. Hierüber soll in den nächsten Tagen auch eine Besprechung zwischen Reichsarbeitsministers Seigerwald und dem Reichsfinanzminister Moldenhauer stattfinden.

Es ist hierbei offenbar daran gedacht worden, das Notopfer nicht auf die Beamten und Festbesoldeten zu beschränken, sondern es zu einem allgemeinen Einkommensteuerzuschlag auf die höheren Einkommen überhaupt auszubauen. Da bis zum 1. Juli unter allen Umständen Deckung für den Fehlbetrag bei der Arbeitslosenversicherung geschaffen werden muß, da ferner statt einer Durchschnittsziffer von 1,2 Millionen nunmehr mit einer Durchschnittserwerbslosigkeit von 1,5 Millionen gerechnet wird und da schließlich mit Rücksicht auf die notwendige Gesundung der Gemeindefinanzen ein Ausbau der Krisenfürsorge unausbleiblich ist, ist damit zu rechnen, daß die Erörterungen über das Notopfer sich schon in den nächsten Wochen stark verdichten werden.

Paneuropa-Konferenz in Berlin.

Auch hier ist England gegen Teilnahme.

Berlin, 20. Mai.

Anläßlich ihrer zurzeit in Berlin tagenden internationalen Konferenz veranstaltete die Paneuropa-Union eine Kundgebung. Der Saal der Singakademie war mit den Fahnen aller europäischen Staaten geschmückt.

Reichsinnenminister Dr. Wirth

überbrachte die Grüße der Reichsregierung. Er erklärte, die große Mehrheit des deutschen Volkes wünsche den Frieden und einen gemeinsamen Aufbau Europas. Doch müsse Deutschland bei der Zusammenarbeit mit den anderen Ländern volle Gleichberechtigung und den Platz fordern, der ihm im Konzern der Völker zustehe. Wirth gedachte, während sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben, der Friedensarbeit des verstorbenen Reichsaußenminister Dr. Stresemann, den er einen großen Europa-Menschen und einen treuen Deutschen nannte. Der Präsident der Paneuropa-Union,

Graf Coudenhove-Kalergi,

wies auf die Europa-Denkschrift Briands hin, mit dem Europa an einem Wendepunkt seiner Geschichte stehe. Die Idee der Paneuropa-Bewegung beginne sich zu verwirklichen. Der Redner verlas ein Begrüßungstelegramm Briands, der Ehrenpräsident der Paneuropa-Union ist.

Der frühere englische Minister Amery, legte die Stellung des britischen Weltreiches zur Paneuropa-Bewegung dar. Es liege weder im Interesse des britischen Weltreiches noch Paneuropas, wenn das britische Weltreich einen Teil von Paneuropa bilden würde.

Auf der anderen Seite würde aber die Möglichkeit der Zusammenarbeit in den großen Weltfragen zwischen dem britischen Weltreich und Paneuropa umso stärker gegeben sein, wenn die internen europäischen Fragen durch engen europäischen Zusammenschluß erledigt werden.

Völkerbund und Paneuropa.

Genf fürchtet die Konkurrenz.

Genf, 20. Mai.

Wenn man auch mit Rücksicht auf die Persönlichkeit Briands naturgemäß Rückhaltung übt, so löst doch der Plan Paneuropas seinem ideellen und organisatorischen Charakter nach im Völkerbund Bedenken und Besorgnisse aus.

Der Vorschlag Briands wird zunächst in der Richtung einer neuen Festigung der gegenwärtigen europäischen Verhältnisse aufgefaßt, obwohl darüber hinausgehende Auswirkungen als durchaus naheliegend angesehen werden. Eine organisierte Zusammenarbeit der europäischen Mächte würde nach hiesiger Auffassung dazu führen, daß das Schwergewicht der Entscheidung über politische und wirtschaftspolitische Fragen Europas sich notwendigerweise vom Völkerbund auf den Bund der europäischen Mächte verlagern müßte.

Für den Völkerbund würde damit die Frage entstehen, welche Angelegenheiten überhaupt noch seiner ausschließlichen Zuständigkeit unterliegen und ob nicht die wirklich entscheidenden Fragen, die bisher den Völkerbund beschäftigten, bereits durch den Bund geregelt seien.

Hierbei müsse darauf hingewiesen werden, daß die bisherige zehnjährige Tätigkeit des Völkerbundes in erster Li-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300522-16/fragment/page=0001

nie europäischen Fragen gegolten habe. Die in der Denkschrift Briands vorgesehene Organisation entspreche in ihrer Dreiteilung zwischen Wohlkonferenz, Rat und Sekretariat vollkommen dem Aufbau des Völkerbundes

Ziele der französischen Politik.

Tardieu bei den Frontkämpfern

Paris, 19. Mai

Ministerpräsident Tardieu hat auf dem Schlußbankett des Kongresses der Frontkämpfervereinigung in Lyon eine Rede gehalten, die zwar nicht einen ausgesprochen politischen Charakter trug, aber dennoch durch ihren rück- und vorschauenden Charakter die allgemeine Tendenz der französischen Politik erkennen läßt. Tardieu wies zunächst auf die Krise der Nachkriegszeit hin. Ob Sieger oder Besiegte — sämtliche europäischen Völker litten an dem gleichen Uebel. Alle hätten einen Verlust an Menschen und einen Verlust an Substanz erlitten. Der Grundsatz der Nationalitäten habe die wirtschaftlichen Einheiten zerstückelt. Mehr als alle anderen habe Frankreich gelitten, weil es der Kampfplatz gewesen sei. Alle Länder hätten insgesamt 8 Millionen Tote, 15 Millionen Verstümmelte und 30 Millionen Verletzte, das sei die Bilanz, gleichgeltig aber das Lösegeld gewesen. Der Sieg von 1918 habe den Frankfurter Vertrag beseitigt und die Eigenheit Frankreichs wiederhergestellt. Tardieu wies darauf hin, daß bei seinen Kämpfen im Parlament fast immer die große Mehrheit der Parlamentarier seinem Aufruf zur Einigkeit gefolgt sei.

Innerer und äußerer Friede, Organisierung des Rechts, das die geordnete Macht darstellt, sowohl für den Einzelnen wie für die Völker, soziale und internationale Gerechtigkeit, Ausbau der französischen Sicherheit und des französischen Reichtums, Verteidigung der öffentlichen Finanzen gegen den Egoismus Einzelner oder einer Kollektivität, Nutzbarmachung der Hilfsquellen des Mutterlandes und der Kolonien zum Zwecke einer größeren wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Preissenkung, das seien für die kommenden 15 Jahre die nationalen Ziele, die kein Franzose verleugnen könne, ohne gleichzeitig seine Pflicht und sein Interesse zu verraten.

„Gottesschutz" für Frankreich.

Die blasse Furcht vor der Rheinlandräumung.

Die Tatsache der Befehlserteilung zur Rheinlandräumung, läßt die Rechtspresse in Paris einen letzten Versuch machen, „das Verhängnis" aufzuhalten. So schreibt der „Figaro".

dieser Befehl bedeute den Abschluß einer Epoche, in der Frankreich noch erfolgreich, seinen historischen Traditionen getreu (!!), für den europäischen Frieden habe wirken können.

Jetzt beginne eine Epoche voller Gefahren. Diejenigen Leute, die von der Räumung des Rheinlandes und der Liquidation des Krieges eine politische Entspannung erwarteten, irrten sich. Das Gegenteil sei der Fall. Deutschland habe sich übrigens im letzten Moment das Vergnügen eines Einwandes geleistet. Es habe sich geweigert, den ungeschützten Teil der Jahresleistungen auf die letzten 22 Jahre des Youngplans auszudehnen. Dieser Streit um Dinge, die erst nach 30 Jahren akut würden, sei ein eigenartiger Luxus.

Die „Liberté" schreibt im gleichen Zusammenhang, Frankreich gebe durch die Räumung seine letzten Garantien auf und bleibe Gottes Schutz anbefohlen.

Italien und Frankreich.

Erneute Drohungen Mussolinis.

□ **Rom**, 20. Mai.

Mussolini erklärte in seiner Florentiner Rede: Hinter der Grenze seien Gruppen, Parteien und Männer, die sich zu gemeinsamer Ausnutzung der unsterblichen Grundsätze, d. h. zu dem größten und geriebensten Betrug, der zum Schaden der Völker vollführt werde, zusammengetan hätten.

„Sie glaubten, Italien isolieren zu können und seien, obgleich sie „liberal, demokratisch und pazifistisch" seien, nicht abgeneigt, einen Krieg gegen das italienische Volk zu entfesseln. „Wir warten am Grenzübergang und wenn sich derlei an der Grenze abspielen sollte, so werden wir, das Volk, die Schwarzhemden und das Heer, unseren Platz mit einem noch nie gesehenen Schwung ausfüllen. Italien ist jetzt in allen seinen Kräften so organisiert, daß man es nicht ohne Todesgefahr angreifen kann."

Auf diese Worte des Duce verweist der „Popolo di Roma": Herriot, der kürzlich schrieb, Südslawien bewache seine Nachbarn und man könne es sich vorstellen, zu welcher Temperatur es sich steigern könnte, wenn es seine Unabhängigkeit bedroht sähe. Im übrigen habe Frankreich ohne Zweifel seine treuesten Freunde in Osteuropa. Der „Popolo di Roma" erklärt hierzu: So arbeite man nicht für den Frieden, so arbeite man für den Krieg. So werde eine Stimmung geschaffen, die dem berühmten Internationalen Frieden außerordentlich gefährlich sei. Könnten wir bessere Beispiele finden, um die Falschheit eines gewissen Pazifismus und die Zweideutigkeit gewisser Theorien zu beweisen?

Litauische Verfassung ungültig.

Aufsehenerregende Enthüllungen Woldemaras!

Kowno, 20. Mai.

Professor Woldemaras, der jetzt einen offenen Kampf gegen die Führer des Tautininkaiverbandes begonnen hat, hat einem Pressevertreter gegenüber sensationelle Enthüllungen gemacht. Er erklärte, daß die neue litauische Verfassung, die bekanntlich die Rechte des Staatspräsidenten bedeutend erweitert und Wilna als Hauptstadt Litauens vorsieht, jeder authentischen Unterlage entbehre, da sie von ihm nicht unterzeichnet und ihre Veröffentlichung in seiner Abwesenheit erfolgt sei, als er in London mit Chamberlain Verhandlungen führte.

Das Original der Verfassung, das mit dem veröffentlichten Text in starkem Widerspruch stehe, sei nach seiner Rückkehr nicht mehr vorhanden gewesen. Angesichts der damaligen schwierigen außenpolitischen Situation Litauens habe er diese Frage damals nicht aufrollen wollen. Woldemaras erklärte weiter, daß der jetzige Ministerpräsident Tubelis ihn nach seinem Rücktritt wiederholt aufgefordert habe, ein Original der veröffentlichten Verfassung zu unterzeichnen, da seine Unterschrift sowieso auf dem Text vorhanden sei. Er habe diese Aufforderung abgelehnt und auf einer vorherigen Klärung des Sachverhalts durch eine Sonderkommission unter Beteiligung des Staatspräsidenten bestanden. Der ursprüngliche Text der Verfassung sei unter Beteiligung auch der christlichen Demokraten, und zwar des ehemaligen Ministerpräsidenten Bistras und des Finanzministers Karvelis, verfaßt worden

*

Wiederholte Meldungen besagen, daß Woldemaras die Zeit für gekommen erachtet, sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Der obige Vorstoß bedeutet allem Anscheine nach den Auftakt zu einem Kampfe, der ihm wieder die Macht in Litauen bringen soll. Wir Deutsche haben an seiner Wiederkehr bestimmt kein Interesse.

Aus dem In- und Auslande.

Der Sächsische Landtag aufgelöst.

Dresden, 21. Mai. Im sächsischen Landtag fand die Abstimmung über die Auflösungsanträge statt. Für die Anträge wurden 50 Stimmen abgegeben, dagegen 46. Landtagspräsident Weckel erklärte um 4.25 Uhr den sächsischen Landtag auf Grund dieses Stimmenergebnisses für aufgelöst.

Schwierigkeiten im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 21. Mai. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages kam es erneut zu einer Vertagung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat. Es zeigte sich, daß der Beschluß, nach dem Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrates die vom Ausschuß zunächst festgesetzte Zahl von 165 Mitgliedern auf 144 herabzusetzen, erhebliche Schwierigkeiten hervorruft. Es wurde mit 13 gegen 12 Stimmen ein Unterausschuß eingesetzt, der versuchen soll, eine Verständigung herbeizuführen.

Zentrum gegen die Inseraten- und Warenhaussteuer.

Berlin, 21. Mai. Die Zentrumsfraktion des Reichstages, die sich jetzt auch gegen die Warenhaussteuer wendet, hat eine Interpellation eingebracht, in der auf die Ungesetzlichkeit der von einer Reihe von Gemeinden beschlossenen Inseratensteuer hingewiesen und die Reichsregierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, um diese ungesetzlichen Maßnahmen einzelner Gemeinden rückgängig zu machen und zu verhindern.

Vor einer neuen Rede Tardieus.

Paris, 21. Mai. Der französische Ministerpräsident Tardieu wird vor Zusammentritt der Kammer noch einmal eine hochpolitische Rede halten, um zu den neuen Aufgaben der Regierung Stellung zu nehmen. Am Sonntag, den 1. Juni, wird sich Tardieu in Dijon zu den Fragen der Außenpolitik, der Innenpolitik, der parlamentarischen Lage, der Wirtschafts- und Kolonialpolitik sowie der Sozialpolitik äußern.

Tschitscherins Gesundheitszustand gebessert.

Moskau, 21. Mai. Der Gesundheitszustand des Kommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, hat sich in letzter Zeit gebessert, und zwar soweit, daß er eine Reise nach Südrußland zu unternehmen beabsichtigt. Die ursprünglich geplante Reise nach Wiesbaden mußte er aufgeben, da ihm hierzu keine Ausreiseerlaubnis erteilt wurde. Die Frage, ob Tschitscherin das Amt des Außenkommissars wieder übernehmen soll, wird erst auf dem Mitte Juni in Moskau stattfindenden Parteikongreß entschieden werden. Zwischen Tschitscherin und Stalin bestehen wegen der Führung und der Methoden der russischen Außenpolitik Meinungsverschiedenheiten.

Die amerikanische Zollvorlage gesichert.

Neuyork, 21. Mai. Die Zollvorlage kann jetzt als gesichert gelten, nachdem der Senat es abgelehnt hat, an der Ausfuhrprämie für landwirtschaftliche Erzeugnisse festzuhalten und es den Senatsmitgliedern im Kongreßausschuß freistellte, dem Präsidenten die Ermächtigung zur Aenderung der Zollsätze zu belassen. Die Verabschiedung der Zollvorlage und ihre Unterzeichnung durch Hoover erfolgt wahrscheinlich noch in dieser Woche.

Kleine politische Meldungen.

Deutsch-polnische Verhandlungen über das Genfer Zollabkommen. Die polnische Regierung hat durch ihren Gesandten in Berlin der Reichsregierung den Vorschlag gemacht, Verhandlungen über das Genfer Zollabkommen aufzunehmen.

Entschädigungen für Diktaturgeschädigte in Spanien. Der spanische Staatsrat hat verschiedenen Personen, die zurzeit der Diktatur Schaden erlitten haben, Entschädigungen gewährt.

Südosteuropareise Loucheurs. Der rumänische Gesandte in London, Titulescu, wird für Samstag in Bukarest erwartet. Mit ihm trifft auch Loucheur ein, der eine größere Südosteuropareise unternimmt.

Beginn der deutsch-rumänischen Verhandlungen. Die deutsche Abordnung für die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen ist in Bukarest eingetroffen.

Aus der Umgegend

Nebra, 22. Mai.

— **Gau-Sängerfest.** Unsere Stadt rüstet zum festlichen Empfang der Sängergäste, die am kommenden Sonnabend und Sonntag in ihren Mauern das diesjährige Gau-Sängerfest des Unstrut-Gaues abhalten werden. Zugleich wird der Nebraer Männer-Gesangverein sein 60jähriges Vereins-Jubiläum mit Fahnenweihe begehen. Die neue Fahne wurde dem Verein von den Frauen der Sänger gestiftet. Die Ausschmückung der Stadt wird alles bisher in dieser Beziehung gebotene übertreffen, die Einwohnerschaft des an und für sich an Naturschönheiten so reichen Bergstädtchens wird zeigen, daß das deutsche Lied in Nebra gepflegt und geschätzt wird. Das Programm für das Fest wird im Anzeigenteil veröffentlicht; es ist daraus zu ersehen, daß bereits der Sonnabendabend für Freunde des Gesanges hohen Genuß bringt und ein Besuch sich lohnt. — Der Sonntag vollends wird für alle Sangesfreunde ein unvergeßlicher Tag werden. Als Festplatz ist der große Platz an der Schule vorgesehen, es ist dort Sitzgelegenheit selbst für allerstärksten Andrang des Publikums geschaffen. Der Festausschuß rechnet damit, daß die alte Anziehungskraft des Festortes als Fremdenverkehrsstadt gerade zum Sängerfest sich voll auswirken wird und hat daraufhin seine Vorbereitungen so weitgehend wie möglich gestaltet. Namentlich die Bewohner der benachbarten Ortschaften, ebenso aus Roßleben, Bottendorf, Wiehe usw., für welche die Bahnzüge außerordentlich günstig für Hin- und Rückfahrt sich erweisen, werden in großer Anzahl erwartet. Allen Gästen wird ein herzlicher Empfang seitens der gastfreundlichen Nebraer Bürgerschaft geboten sein, es wird wieder einmal der schöne Sängergruß:

„Grüß Gott mit hellem Klang,
Heil deutschem Wort und Sang!"

tausendfach erklingen.

— **Haus- und Grundbesitzerverein.** Am Freitag, den 19. Mai, versammelten sich die der Organisation ausgeschlossenen Haus- und Grundbesitzer im Gasthof „Zur Burg", woselbst Herr Oberinsp. Maak einen Vortrag hielt, betitelt: „Der Hausbesitz vor neuen Gefahren und Wege zur Abwehr!" Redner führte etwa folgendes aus: Man möge in dem Titel kein Schlagwort erblicken, denn es handelt sich um ein Problem von ernstester Bedeutung. So erfreulich die Tatsache sei, daß die Hausbesitzerorganisation unverkennbar anwachse, so betrübend seien die Ursachen hierzu; der Selbsterhaltungstrieb rege sich, denn es ginge um Sein oder Nichtsein. Viel, sehr viel hätte sich seit dem Kriege für den Haus- und Grundbesitz geändert, am liebsten bezeichnete man ihn heute als Schatten seiner selbst. Aehnlich so, als wenn man jemand Eier fortnehmen würde, und um nicht zu stehlen, nach dem Ausblasen die Schalen dem Besitzer beläßt, ähnlich so verfährt man mit dem Hausbesitz: Man nimmt dem Hausbesitzer den Ertrag seines Eigentums und nimmt ihm das Verfügungsrecht und somit die Freude am Besitz; das eine durch die überspannten steuerlichen Belastungen, das andere durch die Wohnungszwangsgesetze. Eine der unsozialsten Steuern sei die Hauszinssteuer, die sich noch immer weiter ausdehnen würde (man spricht, bis auf ca. 70%!) Ein Ende dieser „befristeten" Steuer sei nicht abzusehen; auf eine Anfrage hin sei das Jahr 1964 genannt. Vollkommen überflüssig seien heute die Wohnungszwangsgesetze, die indirekt einen Teil zur Wohnungsnotbeitrügen, die praktisch eigentlich nicht mehr bestände, denn heute ständen pro Person bereits 0,34 qm Wohnraum mehr zur Verfügung, wie 1914. Würden die vorhandenen Listen der Wohnungssuchenden einer genauen und gerechten Revision unterzogen, böte sich ein vollkommen anderes Bild. Außerdem sei Tatsache, daß 520000 Wohnungen in Preußen von Einzelmietern bewohnt seien, während nur ca 445000 Wohnungen als fehlend gemeldet sind. Lieber hätte man den Aufwand für die Wohnungszwangswirtschaft verbauen sollen, dann sei bereits ein großer Wohnungsüberschuß vorhanden. In Mieterkreisen bräche sich bereits eine gesunde Einsicht Bahn, so existiere in Hamburg schon ein Mieterverein in Stärke von mehr als 60000 Mitgliedern, der nicht für, sondern gegen die Zwangswirtschaft eintrete; weitere ähnliche Mieterorganisationen seien in der Entwicklung. Dieser Umstand solle dem noch unorganisierten Hausbesitzer sehr zu denken geben! Derjenige Hausbesitzer, der heute noch untätig zuschaue und Vogel Strauß-Politik betreibe, stelle sich selbst ein Armutszeugnis aus. Der Weg zur Abstellung dieser nicht nur für den Hausbesitz, sondern auch für den gesamten Wirtschaftsstand und für das Volk selbst könne nur über einen vernünftigen, parteilosen und friedlich geführten Kampf gehen, dem sich niemand entziehen dürfe! Leider könne man nicht von einer mittelstandsfreundlichen Regierung sprechen, denn solange ca 75% der Volksvertreter über Lasten beschlössen, die sie selbst nicht aufzubringen hätten, und solange der Mittelstand ca. 3/4 der Zeche zu zahlen hätte, steuere man einem Abgrund entgegen. Es gäbe schließlich noch ein Mittel, an rechter Stelle zu sparen, jedoch bewies die Ausgaben- und Pumpwirtschaft an allen Stellen das Gegenteil. Die Kassen wiesen große Leeren auf, daher ginge man der Substanz zu Leibe (Haus- und Grundbesitz!) Um jüngst die Folgen einer Sozialisierung auszumalen, brauche man nur das heute noch tief am Boden liegende Rußland mit seinen durchlebten Schrecken anzusehen! Wo Eigentum, da Sicherheit, und wo die Sicherheit fehlt, muß sich der Terror durchfegen. Wird hierdurch die Wohnungsnot etwa gemildert? Nein, im Gegenteil; auch würden weit höhere Mieten Platz greifen, nachdem die notwendigen Instandhaltungsarbeiten anstatt gratis in den Feierstunden von manchem Hausbesitzer, alsdann von vollbezahlten Staatshandwerkern vorgenommen werden müßten. Viele Punkte gäbe es, worin sich Vermieter und Mieter vollkommen einig seien, dieses träfe z. B. auch bezgl. der Hauszinssteuer zu, jedoch würde immer wieder dafür gesorgt, daß der Zwist erhalten bleibe. Nur eine straffe Organisation im Haus- und Grundbesitz könne einen schützenden Wall aufbauen, wie dieses bereits des öfteren praktisch bewiesen sei; ohne diese Organisation wäre die Lage heute weit trostloser. Augenblicklich befände sich der Hausbesitz in einer Stille vor dem Sturm, langsam kröche es von allen Seiten heran: Das katastrophale Wohnbeihilfegesetz, eine eventuelle Neueinschätzung der Wohnhäuser, erhöhte Erbschaftssteuer mit Gattenerbe usw. Redner schloß mit der ernsten und eindringlichen Mahnung, sofort ans Werk zu gehen und für Kräftigung des Ortsvereins auch in Nebra zu sorgen. Banges Zagen und Gleichgültigkeit seien nicht zu verantworten, weil gar zu leicht der letzte Anschluß verpaßt sei. Nachdem der Vortrag mit großer Anerkennung aufgenommen war und einige Anfragen ihre Erledigung fanden, schloß sich der Vorsitzende den Ausführungen des Referenten an und ermahnte auch seinerseits die Anwesenden, alles zu tun, um die noch Fernstehenden aufzuklären und für den so wichtigen Zusammenschluß zu interessieren. Schließlich erklärte sich der Redner gerne bereit, erneut zu einem Vortrag zu erscheinen, wenn die Garantie vorhanden sei, daß der Besuch ein geschlossener sein würde. Die Aussprache ergab, daß an alle Hausbesitzer des Ortes und der Umgegend persönlich herangetreten werden solle, um diese zum Beitritt einzuladen und mit den verbandsseitigen Einrichtungen bekannt zu machen, die allergrößte Beachtung verdienten.

— **Straßensperrung auf Straße Querfurt—Eisleben.** Wegen Ausführung von Dampfwalz- und Teerungsarbeiten auf der Provinzialstraße Eisleben—Querfurt von Kilometer 6,2 bis Kilometer 7,3, das ist zwischen Bischofrode und Rothenschirmbach, wird diese Strecke für jeden Verkehr und die Strecke von Kilometer 2,3 bis 9,9, das ist von der Abzweigung nach Wolferode, südlich von Eisleben, bis zur Abzweigung nach Großosterhausen, südlich von Rothenschirmbach, für den Durchgangsverkehr für die Zeit vom 21. 5. bis 5. 6 ds. Js. an den Tagen, an welchen die Sperrungen und die Bezeichnung der Ersatzstrecke örtlich durch Warnungspfeile, Sperrbäume, Sperrtafeln und Richtungspfeile erfolgt ist, gesperrt. Der Durchgangsverkehr wird verwiesen auf die Straßenverbindung über Wolferode, Bornstedt nach Rothenschirmbach.

— **Eine Mittelschullehrer-Prüfung** fand in diesen Tagen in Erfurt statt. An derselben nahmen 41 Lehrer teil. Von den Teilnehmern traten 3 vor der Prüfung zurück. Aus der Umgegend bestanden die Prüfung die Herren: Gerbothe-Sachsenburg, Steinhäuser-Kindelbrück, Jungblut-Bilzingsleben.

— **Die Telephonrechnung während der Urlaubsreise.** Den Fernsprechteilnehmern empfehlen wir, während der Abwesenheit vom Wohnort, z. B. während der Sommerreise, zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten, die bei nicht rechtzeitiger Bezahlung der Fernsprechrechnungen entstehen können, die Bezahlung der Fernsprechrechnung einem Familienangehörigen, Angestellten usw. zu übertragen oder die Nachsendung der Rechnung beim Fernsprechamt zu beantragen. Es genügt aber auch, einen ausreichenden Betrag zur Deckung der bis zur Rückkehr fällig werdenden Fernsprechgebühren auf das Postscheckkonto des Fernsprechamts einzuzahlen. Auf dem Abschnitt der Postanweisung oder Zahlkarte gibt man dann die Vermittlungsstelle und Nummer seines Anschlusses an.

— **Nicht zu schwere Schulranzen!** Häufig wird aus Elternkreisen über eine zu schwere Belastung der Schulkinder durch Bücher auf dem Schulwege geklagt. In diesem Zusammenhange sei ein Hinweis des Provinzialschulkollegiums Münster erwähnt, der von den gesundheitlichen Schädigungen spricht, die durch überlastete Schultranzen entstehen können. Empfohlen wird, daß die einzelnen Fachlehrer den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300522-16/fragment/page=0002

Kindern genau angeben, welche Bücher sie wirklich für die Stunde benötigen und daß eine Umfrage einmal die Schwere der täglichen Bücherlast feststelle, um eventuell Abhilfe schaffen zu können. Für die Tage, an denen die Bücherlast gegebenenfalls besonders groß zu werden droht, müßten die Fachlehrer eine gegenseitige Vereinbarung über ein Mindestmaß treffen.

Roßleben. [Ehrung.] Anläßlichihres Goldenen Ehejubiläums am Sonnabend wurde das Fritz Eigendorf'sche Ehepaar aus allen Kreisen unserer Einwohnerschaft mit Geschenken und Gratulationen reich beehrt. Ferner wurde dem Jubelpaar die gold. Ehejubiläumsmedaille, ein Geldgeschenk von 50 RM. sowie seitens der hiesigen Kirchengemeinde eine Jubiläums-Bibel überreicht.

Heygendorf. Das Rittergut Heygendorf, den Herren v. Heygendorf gehörig, und bisher vom Landwirt Otto Scheibe in Pacht, ist in den Besitz des Rittergutsbesitzers Hans Büchner auf Schloß Kalbsrieth übergegangen.

Weimar, 21. Mai. Das Staatsministerium hat dem Landtag drei Vorlagen über Grundstücksverkäufe zugehen lassen. In Liebenstein soll das ehemalige Forstamtsgrundstück für 11 000 RM, in Seega das dortige Forstamtsgebäude für 8000 RM und in Bad Frankenhausen in fiskalisches Hausgrundstück am Markte für 28 000 RM verkauft werden.

Halle. Im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau machte sich im April in der Rohkohlenförderung ein Rückgang um 7,3 Prozent, bei der Brikettherstellung um 2,6 Prozen und um 7,8 Prozent bei der Koksherstellung geltend. Gegenüber dem Monat April des Vorjahres ist im Berichtsmonat ein Rückgang festzustellen von 30,8 Prozent bei Rohkohle, 38,2 Prozent bei der Brikettherstellung und eine Steigerung von 15,1 Prozent bei der Koksherstellung. Der Handel hielt mit seinen Aufträgen in Erwartung der niedrigen Sommerpreise zurück, so daß die Brikettfabriken nach wie vor einen Teil ihrer Erzeugnisse stapeln mußten. Die Feierschichten konnten daher auch im April noch nicht abgebaut werden.

Radis. Selbstmord eines Amtsvorstehers. Amtsvorsteher Erdmenger brachte sich früh einen Kopfschuß bei und wurde lebensgefährlich verletzt in das Wittenberger Krankenhaus gebracht, wo er starb. Die Gründe sind nicht bekannt. E. hatte sein Mandat als Kreistagsabgeordneter einige Tage vorher niedergelegt.

Mühlberg. Durch den lebhaften Dampferverkehr, besonders aber durch die Verunreinigung des Wassers durch Städte und Fabriken, nimmt die Fischerei in der Elbe mehr und mehr ab, die Fische gehen zugrunde. Hier betreiben noch neun Meister das Fischereigewerbe. Die ertragreichsten Fänge werden im Frühjahr gemacht, wo der Lachs zum Laichen aus dem Meer in die Flüsse kommt. Der Fang war in diesem Jahr sehr schlecht.

Aus Nah und Fern.

Magdeburg. Kind lebendig verbrannt. In einem Hause in der Roten Krebsstraße entstand aus bisher unbekannter Ursache ein Zimmerbrand. Das Kind des Wohnungsinhabers hatte sich jedoch bereits eine Rauchvergiftung zugezogen und starb noch auf dem Transport ins Krankenhaus.

Pölsfeld. Im Badeteich ertrunken. Im Badeteich ist der vierjährige Sohn des Bergmanns Gräbe ertrunken. Im Spiel stürzte das Kind ins Wasser. Als der Vater von dem traurigen Geschehnis benachrichtigt wurde, war es zur Rettung schon zu spät; Das Kind war bereits ertrunken.

Mügeln. Die in Pfarrsteina wohnhafte Zimmermannsehefrau Löbner ist gemeinsam mit ihrem Vater, dem 77 Jahre alten Günsel in Mügeln, bei dem sie zu Besuch war, und mit ihren beiden Kindern im Alter von 9 und 10 Jahren freiwillig durch Einatmen von Gas in den Tod gegangen. Günsel, der schon seit Jahren nervenleidend war und ständiger Pflege bedurfte, hatte schon vor längerer Zeit den Wunsch ausgesprochen, von seinem schweren Leiden erlöst zu werden, da er seinen Mitmenschen nicht mehr zur Last fallen wolle. Seine Tochter scheint keine glückliche Ehe geführt zu haben.

Bautzen. Der Reifen platzt. Bei Kubschütz platzte an einem Motorrad, auf dem zwei Brüder aus Dresden saßen, der hintere Reifen. Der Bruder des Führers des Rades, der 25 Jahre alte Glasschleifer Heinrich Marschner, wurde schwer verletzt und starb im Bautzner Krankenhaus.

Plauen. Todessturz vom dritten Stock. Beim Fensterrahmenstreichen stürzte der Malermeister Friedrich in der Böhlerstraße vom dritten Stockwerk eines Hauses ab und schlug auf ein eisernes Geländer auf. Er trug einen Wirbelsäulenbruch und einen Schädelbruch davon und starb [illegible] auf dem Transport ins Krankenhaus.

[illegible]snig. Aus der Mulde wurden zahlreiche Fische aller Art tot ans Ufer geschwemmt. An verschiedenen Stellen konnten sie einerweise aufgelesen werden. Die Ursache dieses Fischsterbens steht noch nicht einwandfrei fest; jedoch glaubt man, daß giftige Abwässer der Grund sind. Durch die Industrialisierung hat die hiesige Fischerei ohnehin schon starke Einbuße erlitten.

Brandenburg. In der Verzweiflung vor den Zug geworfen. In der Nähe einer Blockstelle der Eisenbahnstrecke Brandenburg—Magdeburg wurde von einem kontrollierenden Streckenläufer eine männliche Leiche gefunden, die nur mit Unterzeug bekleidet war und Holzpantoffel an den Füßen hatte. Es handelt sich, wie die Brandenburger Kriminalpolizei feststellte, um einen Dachdecker Gottlieb Müller, der in einer vor den Toren Brandenburgs gelegenen Laubenkolonie wohnte und sich offenbar in wirtschaftlicher Notlage befand. Er hat sich in der Nacht vor einen der Güterzüge geworfen, um seinem Leben freiwillig ein Ende zu machen.

Perleberg. Abermals wertvolle prähistorische Funde in der Westprignitz. Der Landwirt Kobs fand auf seinem Acker ein bronzenes Tüllenbeil mit Oese und eine bronzene Knopfsichel. Außerdem fand er eine Menge heiler und zerbrochener Urnen. Der Heimatpfleger der Prignitz sicherte diese Funde sofort dem Perleberger Heimatverein. Es wurde von Wissenschaftlern festgestellt, daß diese Funde der jüngeren Bronzezeit, also der Zeit etwa 100 Jahre vor Christi, entstammen, ebenso wie die Funde aus dem benachbarten Seddiner Königsgrab.

Lübeck. Der Stand der Säuglings-Erkrankungen in Lübeck. Das Gesundheitsamt in Lübeck gibt folgendes bekannt: Nach dem Stand vom 17. Mai sind 243 Säuglinge mit dem Calmette-Schutzpräparat genährt worden. Von diesen Säuglingen sind 17 gestorben, jedoch ist nur bei 13 dieser Fälle die Calmette-Fütterung als positive Todesursache festgestellt worden, während in den übrigen vier Fällen eine andere Todesursache in Frage kommt. Erkrankt sind 33 Säuglinge, davon acht schwer. Gebessert sind zehn Säuglinge. In ärztlicher Beobachtung befinden sich 78 Kinder. 61 der mit dem Calmette-Präparat genährten Säuglinge sind gesund, doch besteht die Möglichkeit, daß ein Teil von ihnen noch erkranken wird. Unbekannt ist noch der Gesundheitszustand von 42 Kindern. Zwei der mit dem Calmette-Präparat genährten Säuglinge sind infolge anderer Ursache erkrankt.

Köln. Zwischenfall vor dem englischen Generalkonsulat. Vor dem englischen Generalkonsulat kam es zu bedauerlichen Vorgängen. Es erschienen auf Fahrrädern etwa 20 Burschen, die mit Steinen und anderen Gegenständen Fensterscheiben einwarfen, wobei sie laute Schmährufe gegen die Regierung Mac Donald ausstießen. Sodann beschimierten sie den Bürgersteig vor dem Konsulat in seiner ganzen Breite mit großen Aufschriften in roter Farbe: „Hände weg von Indien! Nieder mit Mac Donald!" Die Bewohner des Konsulats riefen sofort das Ueberfallkommando herbei, das in kurzer Zeit am Tatort erschien, aber keinen der Demonstranten mehr fassen konnte; die Täter waren mit ihren Rädern in der Dunkelheit verschwunden. Es handelt sich um Burschen, die Windjacken und Schirmmützen trugen. Man vermutet, daß es sich um Kommunisten handelt. Die Polizei hat sofort Ermittlungen angestellt, um die Täter zu fassen, hat jedoch bisher noch keinen Erfolg gehabt.

Landau. Vorbereitungen der Besatzungstruppen zum Abmarsch. Das Oberkommando der französischen Rheinarmee hat den einzelnen Truppenteilen in der Pfalz nunmehr genaue Abmarschbefehle zugeleitet. Demnach werden von dem 32. französischen Armeekorps, das zum größten Teil in der Pfalz steht, noch im Mai 2000 Mann abtransportiert werden, darunter 850 Mann aus der Garnison Zweibrücken, 750 aus Landau, 180 aus Germersheim und die übrigen aus Speyer und Kaiserslautern. Der größte Teil der Truppen aus der Pfalz wird jedoch erst in den letzten zwei Wochen vor dem 30. Juni die Pfalz verlassen. Die Militär-Dienststellen in Germersheim, Landau, Kaiserslautern und Zweibrücken sind in einem besonderen Befehl angewiesen worden, die Vorbereitungen für einen „würdigen Abzug der Truppen so zu treffen, daß die Bevölkerung den besten Eindruck von den siegreichen Truppen Frankreichs behält". Am 26. Juni sollen nach diesem Befehl die Städte Germersheim, Landau, Kaiserslautern und Zweibrücken von den regulären Truppen befreit sein, vorausgesetzt, daß „die Deutsche Reichsbahn ihrer Aufgabe nachkommen wird".

Offenbach. Explosion in einer Drogerie. — 2 Tote, 4 Schwerverletzte. In den Kellerräumen einer Drogerie explodierte aus bisher noch ungeklärter Ursache eine Säureflasche. Im Keller befanden sich fünf Angestellte, von denen zwei auf der Stelle getötet wurden. Die drei anderen erlitten schwere Verletzungen und mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Die Frau des Besitzers, die zur Hilfeleistung in den Keller eilte, wurde ebenfalls durch Brandwunden schwer verletzt. Die sofort alarmierte Feuerwehr konnte den Brand in kurzer Zeit löschen.

Dessau. Am 7. Junianhaltisches Sängerbundesfest. Auf der diesjährigen Frühjahrstagung des Anhaltischen Sängerbundes wurde mitgeteilt, daß für den 7. Juni das anhaltische Sängerbundesfest geplant ist. Alle Vereine wurden aufgefordert, zum Deutschen Liedertag am 29. Juni ein öffentliches Platzsingen zu veranstalten.

Schoppendorf. Bürgermeister amtsenthoben. Auf Veranlassung des Kreisamts ist der bisherige Bürgermeister jenes Amtes enthoben worden. Die Dienstgeschäfte führt bis auf weiteres der stellvertretende Bürgermeister Deßner.

Pößneck. Protest gegen Beamtengehälterkürzung. Die stark besuchte Tagung des Landesverbandes der Zivildienstberechtigten nahm zum Schluß einstimmig eine Entschließung an, in der schärfster Protest gegen die einseitige Belastung des Beamtentums und gegen die vom Landbund sowie der Wirtschaftspartei im Thüringer Landtag beantragte Kürzung der Beamtengehälter erhoben wird. Diese Protestentschließung soll an die Regierung und die gesamte thüringische Presse weitergegeben werden. Die nächste Tagung soll im Jahre 1931 in Weimar stattfinden.

Hindfeld. Zwei Scheunen eingeäschert. Nachts brach in der Scheune des Landwirts Roßbach Feuer aus, das in kurzer Zeit auf eine Nachbarscheune übergriff. Die Ortswehr und die Wehren der Nachbardörfer verhinderten durch ihr schnelles Eingreifen ein Weitergreifen des Brandes. Die beiden Scheunen sind mit Futtervorräten und mehreren landwirtschaftlichen Maschinen niedergebrannt. Es wird Brandstiftung angenommen.

Neue Trichter — Neue Erdrisse

Das Wasser im Kalischacht steigt.

Vienenburg, 20. Mai.

An der Landstraße nach Osterwieck hat sich in einem Kornfeld ein neuer Trichter gebildet, der einen Durchmesser von drei Metern und eine Tiefe von zwei Metern hat. Zahlreiche Ausstrahlungen von Erdrissen umgeben den Trichter, der sich an einer Stelle befindet, wo vor 45 Jahren bereits Tiefbohrungen ausgeführt wurden. Ein weiterer Einsturz ereignete sich in einem Gemüsegarten der Zuckerfabrik, etwa 50 Meter nördlich von dem ersten Einsturz. Der Trichter hat drei Meter Durchmesser und ist acht Meter tief. Die Auffüllungsarbeiten sind bereits in Angriff genommen. Im Kaliwerk Vienenburg selbst sind die Laugenwasser weiter angestiegen. So steht das Wasser im Schacht zwei und drei bereits 175 Meter über der sechsten Sohle.

Wirtschaftlich hat sich die Katastrophe nunmehr dahin ausgewirkt, daß vier leitende Beamte des Kaliwerkes nach Obernkirchen, Bleicherode und Klein-Bodungen versetzt worden sind. Bis zur Beendigung der Wiederherstellungsarbeiten, für die mit einer Dauer von zwei Jahren gerechnet wird, erfolgt die Kaligewinnung in stärkerem Umfange im Kalibergwerk Bleicherode, das seit 1927 in Reserve steht.

Ehrenmal für Deutschlands Heiden.

Errichtung von Heimstätten.

Berlin, 21. Mai.

Die „Volksgemeinschaft zur Errichtung von Heimstätten als Ehrenmals für Deutschlands Helden" veröffentlicht mit der Bitte zum Beitritt der Volksgemeinschaft" einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: das Ehrenmal für Deutschlands Helden soll nicht nur ein steinernes Wehrzeichen, sondern zugleich ein lebendiges Monument der sittlichen Pflicht sein.

Es sollen Heimstätten gebaut werden für die tapferen Krieger, die blind oder sich heimgekehrt sind und die heute im härtesten Kampf des Alltags stehend, oft verzweifelt um das schützende Dach über ihrem Haupte ringen. Wir wollen denen helfen, die für uns geblutet haben. Wir wollen denen helfen, deren Männer und Väter nicht wiedergekommen sind; allen, ohne Unterschied der Partei und des Glaubens. Darum bauet alle mit an diesem Werke!

Ford gegen den neuen amerikanischen Zolltarif.

Neuyork, 21. Mai. In einer Unterredung mit dem Vertreter einer Neuyorker Zeitung griff Henry Ford den neuen amerikanischen Zolltarif heftig an, indem er behauptete, daß die Annahme des Zolltarifs das Anwachsen der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen und somit die schwerste Beeinträchtigung des Welthandels bedeuten würde. Die beste Politik auf diesem Gebiet wäre die Niederreissung der Zollmauern für einen ungehinderten Warenaustausch. Ford ist übrigens der Meinung, daß Hoover die Unterzeichnung des Zolltarifs ablehnen werde.

Lohnstreik in der Heringsfischerei beigelegt.

Hamburg, 21. Mai. Die Lohnstreitigkeiten in der Deutschen Heringsfischerei sind jetzt durch Verhandlungen der Tarifparteien auf friedlichem Wege beigelegt worden, nachdem die Arbeitnehmerverbände den Schiedsspruch des Schlichters abgelehnt hatten und auch weitere Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium ergebnislos verlaufen waren.

Lohnbewegung bei den Seeschiffswerften.

Hamburg, 21. Mai. Wie berichtet, haben die Gewerkschaften vor einiger Zeit den Manteltarif für die deutschen Seeschiffswerften gekündigt. Jetzt ist sowohl von den Arbeitgebern wie von den Arbeitnehmern auch die Kündigung des Lohntarifs erfolgt, der noch bis zum 30. Juni Gültigkeit hat.

Feuergefecht zwischen Polizei und Banditen.

Jassy, 21. Mai. Hier kam es nachts zwischen Banditen und der Polizei zu einem Feuergefecht. Die Banditen, die in das Haus eines Kaufmanns einbrachen, schossen ihn, als er sie überraschte, nieder, plünderten die Leiche aus und ließen sie unbekleidet auf der Straße liegen. Nachdem die Polizei im Kampfe mit den Banditen ihre Munition verschossen hatte, entkamen diese unter ständiger Abgabe von Revolverschüssen.

Kleine Chronik.

Sturm an der italienischen Küste. Die Nordostküste Italiens bis hinunter zu den Marken wird von schweren Stürmen heimgesucht, die von heftigen Niederschlägen begleitet sind und einen empfindlichen Temperatursturz auslösten. Von dem Unwetter, das sehr plötzlich einsetzte, sind zahllose Fischereifahrzeuge auf hoher See überrascht worden. Von vielen Fischerbooten fehlt jede Nachricht. Die Angehörigen vieler Fischer mußten vom Ufer aus dem verzweifelten Kampf machtlos zusehen. Aus mehreren Städten werden bereits Opfer der Wellen gemeldet.

Die Schlange aus dem Bananenbündel. In der Bananenreifungsanstalt der Firma Kirkeby in Esbjerg wurde ein Angestellter plötzlich durch den Angriff einer großen Giftschlange überrascht, die aus einem Bananenbündel herauskroch. Er konnte sich nur mit Mühe in Sicherheit bringen. Erst nach geraumer Zeit wurde die beinahe zwei Meter lange Schlange von Arbeitern gefunden und getötet.

Großfeuer an der österreichisch-ungarischen Grenze. In der ungarischen Gemeinde Fertökomot an der österreichischen Grenze brach ein Großfeuer aus, dem bisher fünfzig Gebäude zum Opfer fielen. Die Feuerwehren von achtzehn Nachbargemeinden sind bemüht, den Brand zu löschen, was ihnen bisher noch nicht gelungen ist.

Probeflug „R. 100" abgesagt. Das britische Luftschiff „R 100" hat den angesetzten Probeflug nicht ausgeführt. Das Flugzeug konnte infolge des ungünstigen Wetters nicht aus der Halle gebracht werden.

Auch Sowjetrußland rüstet ein Kunstschiff aus. Die Moskauer Regierung plant noch für diesen Sommer die Ausrüstung eines Schiffes, das den Namen „Haus der Künste" erhalten und eine große Propagandafahrt nach den hauptsächlichsten europäischen und amerikanischen Ländern unternehmen soll. Einer der besten und größten sowjetrussischen Dampfer soll für diesen Zweck ausersehen sein. An Bord des Propagandaschiffes sollen sich besondere Abteilungen für russische Musik, Ballett, Kammertheater, Gesang usw. befinden. Zu gleicher Zeit soll eine Ausstellung der sowjetrussischen Kunst- und Heimindustrieerzeugnisse die Fahrt ins Ausland mitmachen.

Zeppelinstart in Sevilla.

Abschied von Spanien.

Sevilla, 20. Mai.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist zu seiner Südamerikafahrt aufgestiegen. An Bord befinden sich 19 Passagiere. Der Start erfolgte bei herrlichstem Wetter. Das Luftschiff entschwand nach kurzer Zeit in südlicher Richtung den Blicken.

Im Beisein einer vieltausendköpfigen Menschenmenge erfolgte der Start des „Graf Zeppelin". Die begeisterten Massen brachen in Hochrufe aus, als sich das Luftschiff vom Erdboden erhob. Die Startmanöver gingen bei fast völliger Windstille unter tiefblauem Himmel glatt vonstatten. „Graf Zeppelin" machte noch eine Ehrenrunde über der Stadt und verschwand dann in westlicher Richtung, um seinen großen Flug über den Ozean anzutreten. Am Montagabend hat in Sevilla zu Ehren der Besatzung des Luftschiffes ein Festessen unter dem Vorsitz des Infanten Alfonso und der Infantin Beatriz stattgefunden. Die Nachfüllung des Luftschiffes mit Gas, die in den Nachtstunden erfolgte, ging ohne jeden Zwischenfall vonstatten.

Zurückgelegte Route des „Graf Zeppelin"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300522-16/fragment/page=0003

Aegypten und der Sudan.

London, 21. Mai

Eine große Menschenmenge empfing in Alexandrien die aus England zurückgekehrte ägyptische Abordnung für die Vertragsverhandlungen in London. Ministerpräsident Nahas Pascha sprach noch einmal über die Gründe, die zum Abbruch der Besprechungen geführt haben.

Der Mißerfolg sei nicht auf irgendeine zu weit gehende Einstellung der einen oder anderen Seite zurückzuführen, sondern auf Schwierigkeiten, denen sich Großbritannien in der Frage des Sudans gegenübergesehen habe. Er glaube, daß Großbritannien bald die Berechtigung der ägyptischen Forderungen im Sudan anerkennen werde und daß dann ein Abkommen erreicht werden könne.

Der Abbruch der Verhandlungen werde sich vielleicht auch insofern günstig auswirken, als Großbritannien nun mit der Einstellung Aegyptens in dieser Frage genau vertraut sei und ein späterer Vertrag daher vielleicht zu einer befriedigenderen und gerechteren Lösung führen werde. — In Kairo nahm die Abordnung an einem Empfang, der zu ihren Ehren von Frau Zaglul Pascha gegeben wurde, teil. In den Straßen wurde sie von der Menge mit lauten Rufen „Lang leben Aegyptens Retter", „Aegypten und der Sudan sind unteilbar" begrüßt.

Es ist selbstverständlich, daß gerade in der Sudanfrage England zu keiner Konzession sich bereit erklären kann, da in diesem Gebiete außerordentlich wichtige wirtschaftspolitische Interessen auf dem Spiele stehen. Große Baumwollkulturen sind angelegt worden, deren notwendige Bewässerung durch das gewaltige Nilstaubecken an der abessynischen Grenze erfolgt. Hier schneidet sich die englische, die italienische und jetzt auch die ägyptische Interessensphäre, hier ist die Quelle einer zukünftigen schweren Auseinandersetzung zwischen den rivalisierenden Mächten, hier befindet sich neben Indien Englands verwundbarste Stellung.

Wie Berenguer die Lage sieht.

Um Neuwahlen und Verfassung

Madrid, 20. Mai

Der spanische Ministerpräsident, General Berenguer, erklärte in einer Unterredung, daß die Auffstellung der neuen Wahllisten im November beendet sein werde. Wenige Monate später würden dann die Wahlen stattfinden.

Die Wahlkampagne werde zweifellos verkürzt werden, denn sein größter Wunsch sei, daß das Parlament zusammentreten und arbeiten könne. Vor Beginn der Wahlperiode werde er die Versammlungs- und Pressefreiheit wieder herstellen.

Da er jedoch auf die Aufrechterhaltung der Ordnung bedacht sei, werde er diesen Augenblick gemäß den Umständen wählen. Ob eine Reform der Verfassung von 1876 erforderlich sei, darüber solle das Parlament entscheiden. Das gegenwärtige politische Unbehagen greife nicht tief, es sei entstanden aus der Agitation der zahlreichen in der Reorganisation begriffenen Parteien. Er glaube nicht, daß eine Baisse der spanischen Währung die Folge sein werde. Die Wirtschaftslage in Spanien sei gut.

*

Wenn nach allen politischen Kämpfen der letzten Zeit diese Auslassungen die wahre Meinung des Ministerpräsidenten darstellen, so ist ihm ein blühender Optimismus keineswegs abzusprechen. Hoffentlich gibt ihm die Zukunft Recht und „das gegenwärtige politische Unbehagen" wirkt sich nicht zu einer Eruption aus, in deren Verlauf er mit seinem ganzen System von Halbheiten und Vertuschungen verschwinden muß.

Das Disziplinarverfahren gegen Böß

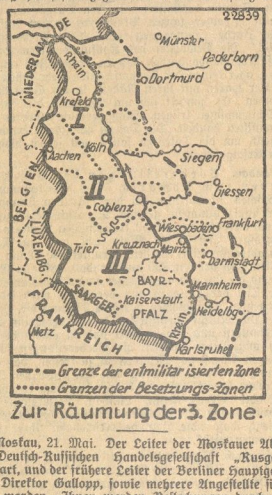
Mit Dienstentlassung bestraft.

Berlin, 21. Mai.

In der Disziplinarsache gegen den Oberbürgermeister Böß fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Mooshake die mündliche Verhandlung statt. Das Gericht fällte folgendes Urteil:

Der Angeschuldigte hat die Disziplin verletzt, die ihm sein Amt auferlegte und sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt. Er wird deshalb mit Dienstentlassung bestraft. Dem Angeschuldigten werden auf Lebenszeit ⅔ des ihm rechtmäßig zustehenden Pensionsbetrages als Unterstützung gewährt. Die baren Auslagen des Verfahrens fallen dem Angeschuldigten zur Last.

Böß hat sofort gegen das Urteil Berufung eingelegt.



Zur Räumung der 3. Zone.

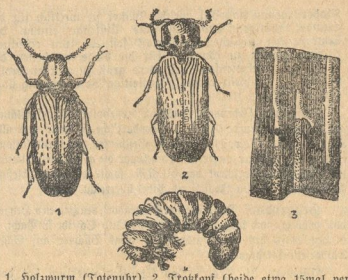
Moskau, 21. Mai. Der Leiter der Moskauer Abteilung der Deutsch-Russischen Handelsgesellschaft „Rusgertorg", Gombart, und der frühere Leiter der Berliner Hauptgeschäftsstelle, Direktor Gallopp, sowie mehrere Angestellte sind verhaftet worden. Ihnen werden Bestechungen durch deutsche Firmen vorgeworfen. Der Prozeß soll in allernächster Zeit in Moskau stattfinden.

Bekämpfung des „Holzwurms".

Von Jutta Kreßler.

(Mit 4 Abbildungen.) (Nachdruck verboten.)

Der „Holzwurm" ist ein schlimmer Gast im Hause. Ueberall ist er zu finden: im Gebälk, in den Brettern des Fußbodens, im Parkett, in Holzgeräten und Möbeln. Was so im alltäglichen Leben als „Holzwurm" bezeichnet wird, ist kein bestimmtes Tier oder gar ein „Wurm" im zoologischen Sinne, sondern ein Sammelname für eine Gruppe von Schädlingen, die als erwachsene Tiere oder als Larven Gänge in das Holz fressen oder im Holz leben. Dazu gehören zum Beispiel die Larven und erwachsenen Tiere verschiedener Käfer (Klopfkäfer oder Totenuhr, Werkholzbohrer, Kammhornkäfer, Hausbock, Zimmerbock, Zwergbock) oder Holzwespen. Die Gänge, welche diese Schädlinge in das Werkholz oder in das bereits bearbeitete Holz nagen, sind oft vielfach gewunden und mehrere Meter lang, stehen untereinander in Verbindung und sind fast stets mehr oder weniger mit Bohrmehl verstopft. Frißt der Schädling nahe

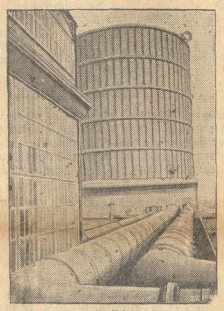


1. Holzwurm (Totenuhr), 2. Trotzkopf (beide etwa 15mal vergrößert). 3. Fraßbild, 4. Holzwurmlarve (15mal vergrößert).

der Oberfläche des Holzgegenstandes, dann verrät sich seine Anwesenheit durch Knistern, das besonders bei völliger Stille (nachts) deutlich wahrnehmbar ist, oder durch kleine Häufchen frischen Bohrmehls, welche sich unterhalb der Aus- bzw. Eingangslöcher ansammeln.

Die Bekämpfung der „Holzwürmer" ist aus den verschiedenen, eben angedeuteten Ursachen (verschiedene Tiere mit verschiedener Lebensweise, tiefe, gewundene und verstopfte Gänge usw.) äußerst schwierig. Es muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die vielen Mittel, welche zur Vernichtung des „Holzwurms" empfohlen werden, vollständig zwecklos sind. Man mache die Probe aufs Exempel und versuche es, in das kleine Bohrloch eines Klopfkäfers Flüssigkeiten einzuspritzen. Nach vielen Bemühungen wird man sich von der Ergebnislosigkeit eines solchen Verfahrens überzeugt haben. Der Schädling klopft in der nächsten Nacht am Ende seines Fraßganges kräftiger als je zuvor, die Hausfrau hat den Aerger, womöglich an der Oberfläche beschädigte Möbel und unnütz Zeit und Geld verbraucht.

Wer seine Möbel vor der Zerstörung durch den „Holzwurm" retten will, kann nur eines tun: das Möbelstück in der nächsten Desinfektionskammer — eine solche hat heute fast jede Reinigungsanstalt und Färberei oder Desinfektionsfirma — mit Gas entwesen zu lassen. Nur Gas hat die Eigenschaft, in die tiefen Bohrlöcher einzudringen, während



Riesenwerk technischer Organen.

Unser Bild zeigt eine Teilansicht des Maschinenhauses und des Betonkühlturmes mit den abgehenden gewaltigen Druckleitungen im Großkraftwerk Golpa-Zschornewitz.

Ihre am 21. Mai zu Pulsnitz vollzogene Vermählung beehren sich hierdurch anzuzeigen

Adelbert Graf vom Hagen
Margarete Gräfin vom Hagen
geb. von Helldorff

Möckern 1930

Wanderkarten
Reiseführer
Fahrplanbücher
Reiselektüre usw.
vorrätig in der Buchhandlg.
Walter Scharf, Nebra

Gaufängerfest in Nebra

am Sonnabend und Sonntag, den 24. und 25. Mai,
verbunden mit

Fahnenweihe
des Männer-Gesangvereins Nebra

Sonnabend: **Feierabendsingen — Aufführung d. Films: „Das deutsche Lied"** (mit Gesangseinlagen) — **Kommers.**
Sonntag: **Einzug der Gäste auf der Wartburg** (mit Orchester) — **Festzug — Bannerweihe. Gesamtchöre — Einzelchöre — Bewertungssingen.** — Abends: **Ball** auf 2 Sälen.

Die geehrte Einwohnerschaft von Nebra und weitester Umgegend wird zur Teilnahme am Feste freundlichst eingeladen. **Der Festausschuß.**

Bekanntmachung.

Pächter städtischer Ländereien, die noch mit Zahlung der am 1. Mai ds. Js. fällig gewesenen **Pachtrate** im Rückstande sind, werden um Zahlung der Pachtrate **bis 31. ds. Mts.** gebeten.

Nebra a. U., den 21. Mai 1930.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß des am 24. und 25. Mai ds. Js. stattfindenden Sängerfestes werden **ab Freitag, den 23. Mai sämtliche Zugangsstraßen zum Turnplatz** für den gesamten Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Nebra, den 21. Mai 1930.

Die Polizeiverwaltung. J. V.: Meitz.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die am 15. ds. Mts. für den Monat Mai ds. Js. fällig gewesenen Steuern und zwar: Grundvermögens-, Hauszinssteuern und Gemeindezuschlag zur Grundvermögensteuer, sowie Hundesteuer für das 1. Halbjahr 1930 und Vorauszahlung zur Gewerbesteuer nach dem Kapital und dem Ertrage für das 1. Vierteljahr 1930 sind nunmehr binnen **drei Tagen** an die Stadtsteuerkasse zu entrichten.

Eine Behändigung von Mahnzetteln findet nicht statt.

Bei Nichtzahlung wird der entstandene Schuldbetrag gegebenenfalls im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden.

Nebra, den 21. Mai 1930. **Die Stadtsteuerkasse.**
Wird veröffentlicht.

Der Magistrat.

Allerfeinste
Matjesheringe
Stück 18 Pfg.
empfiehlt
August Oelschig,
Breitestraße 29.

Frische Landbutter
nur 85 Pfg.
Eier und Landkäse
empfiehlt
F. Apel.

Bedeutende modische Veränderungen
Frühjahr/Sommer 1930!
Unterrichten Sie sich rechtzeitig durch
BEYERS MODE-FÜHRER
Bd. I Damenkleidung 1,90 M
mit großem Schnittbogen
ca. 200 prächtigen Modellen
Bd. II Kinderkleidung 1,20 M
Overall zu haben
VERLAG OTTO BEYER, LEIPZIG-L

Herren-Anzüge
in den neuesten Farben
zu sehr niedrigen Preisen
liefert
Otto Herrmann :: Nebra

Stellen-Anzeigen
für den
„Personal-Anzeiger des Daheim"
werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenzuschlag vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen der uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim" sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 100 Pfg. für die Zeile (= 7 Silb.) bei Stellenangeboten und nur 75 Pfg. bei Stellengesuchen und für sonst. kleine Anzeigen 120 Pfg. Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben.

Haben Sie schon den neuen Fahrplan???

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300522-16/fragment/page=0004

a 46

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 61 Donnerstag, den 22. Mai 1930 43. Jahrgang

Diskontermäßigung bei der Reichsbank.

Dr. Luthers Begründung.

Berlin, 20. Mai.

Der Zentralausschuß der Reichsbank hat beschlossen, den Diskontsatz um ½ auf 4½ v. H. und den Lombardsatz gleichzeitig um ½ v. H. auf 5½ v. H. mit Wirkung ab Dienstag zu ermäßigen.

Zur Begründung führte Reichsbankpräsident Dr. Luther aus, die Goldderflüssigung an den internationalen Märkten sei in den letzten Tagen noch stärker geworden, infolgedessen habe die Reichsbank die Fühlung mit dem Privatmarkt immer mehr verloren. Die Goldzuflüsse seien allerdings nur gering gewesen und die Devisensätze hätten sich auch nur wenig verändert. Auf der anderen Seite seien aber die Wechselbestände stark zurückgegangen. Die Reichsbank hoffe mit der Diskontermäßigung der Wirtschaft einen gewissen Antrieb geben zu können. Zu einer Diskontermäßigung auf 4 v. H. habe die Reichsbank sich nicht entschließen können. Er stehe, wie sein Vorgänger, auf dem Standpunkt, daß die derzeitige Höhe des Privatdiskontsatzes wie auch des Reichsbanksatzes der tatsächlichen Lage des deutschen Geldmarktes nicht entsprächen.

Reichsverkehrsministerium im Reichstag.

Berlin, 20. Mai.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums.

Mit der Beratung verbunden ist u. a. ein Antrag des Verkehrsausschusses, wonach die durch die Erhöhung der Berliner Stadt- und Ringbahntarife entstandenen Härten ausgeglichen, der Fahrpreis für den Umsteigefahrschein von 40 auf 35 Pfg. herabgesetzt und ein Umsteigefahrschein für Kinder eingeführt werden soll.

Abgeordneter Dr. Klönne (Deutschn. Arb.-Gem.) nennt den Verkehrshaushalt das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung. Mit Streichungen müsse man hier besonders vorsichtig sein, weil dadurch die Arbeitsmöglichkeiten vermindert und die Erwerbslosigkeit gesteigert werden. Eine Tariferhöhung bei der Reichsbahn werde einen Verkehrsrückgang zur Folge haben.

Reichsverkehrsminister v. Guérard

weist darauf hin, daß der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums höchstens zwei Prozent der Gesamtaufwendungen für das deutsche Verkehrsmesen umfaßt. Die Aufgabe des Verkehrsministeriums ist es, die verschiedenen Zweige des Verkehrs in ihrer Eigenart zu erkennen und eine volkswirtschaftlich schädliche Zersplitterung des Verkehrswesens zu verhindern. Das von der Reichsbahn im Konkurrenzkampf mit dem Kraftwagenverkehr angewandte System der Kampftarife ist nicht unbedenklich.

Die von der Reichsbahn beantragte Tariferhöhung für Massengüter hat die Reichsregierung abgelehnt, ebenso aus sozialen Gründen die Preiserhöhung der Arbeiterwochenkarten. Zu der beantragten Erhöhung der Personentarife in mäßigen Grenzen hat sich die Reichsregierung ihre Stellungnahme ausdrücklich vorbehalten.

Eine Reform der Wasserstraßenverwaltung mit dem Ziele der Vereinfachung und Verbilligung soll durch Verhandlungen mit den Ländern erreicht werden. Der Minister verteidigt dann die erhöhten Ansätze für die Luftfahrt, die unter den Streichungen des Vorjahres stark gelitten habe.

Abgeordneter Schumann-Frankfurt (Soz.) bedauert den Konkurrenzkampf der Reichsbahn gegen den Kraftverkehr, der vielfach wirtschaftsschädigende Formen annehme. Die Kraftverkehrssteuer müsse im Interesse des Ausbaues und der Erhaltung unseres Straßennetzes erweitert werden.

Abgeordneter Hartmann (dntl.) weist darauf hin, daß weite Gebiete, namentlich in Ostpreußen und der Grenzmark, nicht über die für die wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Verkehrseinrichtungen verfügen. Abgeordneter Groß (Ztr.) wünscht, daß für die Verkehrsmaßnahmen des Ost- und Westprogramms die Federführung beim Reichsverkehrsministerium bleibe. In der Tarifpolitik werde der deutsche Süden von der Reichsbahn stiefmütterlich behandelt. Abgeordneter Dr. Wieland (Dem.) tritt für eine Umwandlung des Verkehrsministeriums in ein Ministerium für öffentliche Arbeiten ein.

Abg. Mollath (Wirtsch.-Part.) bezweifelt, daß die Umformung der Stückgütertarife auf der Reichsbahn die erwartete Mehreinnahme von 50 Millionen bringen werde. Der Redner wirft der Reichsbahn vor, daß sie auf manchen Gebieten nicht die nötige Sparsamkeit übe.

Berlin, 21. Mai.

Im Reichstag wurde die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt.

Abgeordneter Geschke (Komm.) erklärt, die Verkehrspolitik der Regierung habe nicht der Volkswirtschaft gedient, sondern nur den kapitalistischen Konzernen und Trusts. Abgeordneter Hintzmann (D. Vp.) bezeichnet es als unmöglich, bei der jetzigen schlechten Finanzlage für die Wasserstraßen Bauprogramme auf lange Sicht aufzustellen. Die Reichsbahnverwaltung dürfe nicht durch das Parlament an Rationalisierungsmaßnahmen gehindert werden.

Reichsverkehrsminister von Guerard

nimmt zu verschiedenen der aufgeworfenen Fragen Stellung. Für den Luftverkehr würden in Frankreich pro Kopf 8,30 Rm., in England 7,70 Rm. und in Deutschland nur 0,78 Rm. ausgegeben. Der Weltkraftkonferenz werde vom Verkehrsministerium größte Aufmerksamkeit gewidmet. Die Bezüge der leitenden Beamten bei der Reichsbahn würden geprüft, bei der schlechten Finanzlage der Reichsbahn sei es unerträglich, wenn sie Gehälter zahle, die jedes Bedürfnis übersteigen.

Abgeordneter Dauer (Bayer. Vp.) tritt für die Schaffung neuer Lufthäfen in Bayern, namentlich in Nürnberg, ein.

Reichssteuereinnahmen im April.

Mehreinkommen bei der Lohnsteuer.

Berlin, 21. Mai.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine Uebersicht über die Reichssteuereinnahmen im April 1930. Danach betragen die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben bei den Besitz- und Verkehrssteuern 768,4 Millionen Rm., bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 215 Millionen Rm., zusammen also 983,4 Millionen Rm. Der Länderanteil hiervon — ohne die Ueberweisung von einem Sechstel des Biersteueraufkommens — beträgt 405,3 Millionen Rm.

Bei der Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer und der Umsatzsteuer ergibt sich gegenüber dem Januar ein Minderaufkommen von zusammen 64,5 Millionen Rm. Das Minderaufkommen bei der veranlagten Einkommen- und Körperschaftssteuer ist darauf zurückzuführen, daß im Januar noch Abschlußzahlungen eingingen, bei der Umsatzsteuer, und auch infolge des Weihnachtsgeschäftes höhere Umsätze zur Versteuerung gelangten.

Die Lohnsteuer

brachte mit 104,9 Millionen Rm. 15,5 Millionen Rm. mehr als im März. Auch das Aufkommen aus dem Steuerabzuge vom Kapitalertrag war wegen des Fälligkeitstermins der Zinsen im April um 24 Millionen Rm. höher als im März. Die Kraftfahrzeugsteuer brachte 2,5 Millionen Rm. und die Beförderungssteuer 2,3 Millionen Rm. mehr ein. Dagegen sind an Vermögenssteuern 12,6 Millionen Rm. weniger aufgekommen, weil im März noch größere Beträge auf die im Februar fälligen Zahlungen eingingen.

An Zöllen und Verbrauchsabgaben

sind im ganzen 7,2 Millionen Rm. weniger aufgekommen als im März. — Im April 1929, dem entsprechenden Monat des Vorjahres, waren insgesamt 939,4 Millionen Rm. aufgekommen.

Preußen und die Osthilfe.

Um die Kommissare. — Verstärkte Siedlung notwendig.

Berlin, 20. Mai.

Die preußischen Ressorts haben sich in den letzten Tagen mit den Gesetzen über die Osthilfe befaßt. Von den politischen Fragen ist u. a. noch strittig die Einrichtung der Kommissariate. Auf preußischer Seite wird einmal Wert darauf gelegt, daß der Reichs- und Staatskommissar Roenneburg, der ein genauer Kenner der Verhältnisse des Ostens ist, und der sich gut eingearbeitet hat, auf seinem Posten verbleibt. Da Roenneburg gleichzeitig Staats- und Reichskommissar ist, so können auch durch diese Regelung keine Kompetenzschwierigkeiten entstehen.

Weiterhin wird in preußischen Kreisen erörtert, daß die gegenwärtig vorgesehene Siedlungshilfe ungenügend ist. Im Osthilfe-Programm sind bisher 225 Millionen für Siedlungsgarantien vorgesehen. Diese Summe muß im Rahmen eines Programms, das insgesamt 1330 Millionen für die Landwirtschaft der Ostgebiete vorsieht, als durchaus ungenügend bezeichnet werden. Mit 225 Millionen könnten im Laufe der nächsten vier Jahre lediglich 7500 Siedlerstellen angelegt werden, da eine Siedlerstelle nach Abzug von 6000 Mark, die aus Hauszinssteuermitteln zur Verfügung stehen, rund 30 000 Mark erfordert. Freilich erhöht sich die Zahl der mit den im Ostprogramm vorgesehenen Summen einzurichtenden Siedlerstellen um eine Kleinigkeit, da ja der Siedler selbst 10 Prozent des Kapitals aufzubringen hat, so daß man mit 8250 Stellen rechnen muß.

Wenn die Siedlung tatkräftig gefördert werden soll, so muß man verlangen daß jährlich mindestens 5000 Neusiedlen geschaffen werden. Es wird deshalb von preußischer Seite gefordert, daß außer den 225 Millionen, die das Ostprogramm zurzeit vorsieht, weitere 300 Millionen zur Verfügung gestellt werden, die sich auf vier Jahre zu verteilen hätten. Rechnet man mit 10 000 Stellen auf Grund dieser weiteren 300 Millionen, mit 7500 mit Hilfe der bereits angesetzten 225 Millionen, so kommt man zu der zu fordernden Zahl von 20 000 Siedlerstellen im Laufe der nächsten vier Jahre, wenn man die Hauszinssteuermittel und die 10 Prozent aus dem Eigenkapital der Siedler ebenfalls in Rechnung bringt.

Die gesamte Zahl könnte noch um etwa 1 Prozent erhöht werden, wenn es zu einem Generalabkommen mit den Hypothekenbanken und den öffentlich rechtlichen Kreditanstalten käme derart, daß die ersten Hypotheken stehen bleiben, die bisher bar ausgezahlt wurden.

Weitere 40 Millionen wird voraussichtlich Preußen für die Siedlung zur Verfügung stellen, wie es dies ja in den letzten Jahren regelmäßig getan hat. Durchaus ungenügend ist die Beteiligung der Rentenbank-Kredit-Anstalt, die sich bisher lediglich bereit erklärt hat, 10 Millionen für die Siedlung bereit zu stellen. Es muß verlangen, daß dieser Betrag auf mindestens 20 Millionen erhöht wird.

Notopfer in Sicht?

Anträge des Zentrums.

Berlin, 21. Mai.

In einer Zusammenkunft von Arbeitervertretern der Zentrumspartei wurden auch Pläne besprochen, die von seiten der Regierung zur Abdeckung des neuen Fehlbetrages beim Haushalt der Arbeitslosenversicherung erwogen werden. Man berechnet diesen Fehlbetrag einschließlich der Krisenfürsorge insgesamt auf etwa 140—150 Millionen für das laufende Haushaltsjahr. Ueber dieselbe Frage fand eine Aussprache zwischen dem Reichsarbeitsminister Stegerwald und den Arbeitervertretern des Zentrums statt.

In den Plänen, die zurzeit erwogen werden, dürfte erneut der Gedanke eines Notopfers eine Rolle spielen. Hierüber soll in den nächsten Tagen auch eine Besprechung zwischen Reichsarbeitsministers Seigerwald und dem Reichsfinanzminister Moldenhauer stattfinden.

Es ist hierbei offenbar daran gedacht worden, das Notopfer nicht auf die Beamten und Festbesoldeten zu beschränken, sondern es zu einem allgemeinen Einkommensteuerzuschlag auf die höheren Einkommen überhaupt auszubauen. Da bis zum 1. Juli unter allen Umständen Deckung für den Fehlbetrag bei der Arbeitslosenversicherung geschaffen werden muß, da ferner statt einer Durchschnittsziffer von 1,2 Millionen nunmehr mit einer Durchschnittserwerbslosigkeit von 1,5 Millionen gerechnet wird und da schließlich mit Rücksicht auf die notwendige Gesundung der Gemeindefinanzen ein Ausbau der Krisenfürsorge unausbleiblich ist, ist damit zu rechnen, daß die Erörterungen über das Notopfer sich schon in den nächsten Wochen stark verdichten werden.

Paneuropa-Konferenz in Berlin.

Auch hier ist England gegen Teilnahme.

Berlin, 20. Mai.

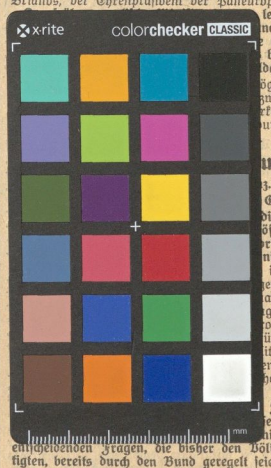
Anläßlich ihrer zurzeit in Berlin tagenden internationalen Konferenz veranstaltete die Paneuropa-Union eine Kundgebung. Der Saal der Singakademie war mit den Fahnen aller europäischen Staaten geschmückt.

Reichsinnenminister Dr. Wirth

überbrachte die Grüße der Reichsregierung. Er erklärte, die große Mehrheit des deutschen Volkes wünsche den Frieden und einen gemeinsamen Aufbau Europas. Doch müsse Deutschland bei der Zusammenarbeit mit den anderen Ländern volle Gleichberechtigung und den Platz fordern, der ihm im Konzern der Völker zustehe. Wirth gedachte, während sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben, der Friedensarbeit des verstorbenen Reichsaußenminister Dr. Stresemann, den er einen großen Europa-Menschen und einen treuen Deutschen nannte. Der Präsident der Paneuropa-Union,

Graf Coudenhove-Kalergi,

wies auf die Europa-Denkschrift Briands hin, mit dem Europa an einem Wendepunkt seiner Geschichte stehe. Die Idee der Paneuropa-Bewegung beginne sich zu verwirklichen. Der Redner verlas ein Begrüßungstelegramm Briands, der Ehrenpräsident der Paneuropa-Union ist.



legte die Stel-
neuropa-Bewe-
e des britischen
britische Welt-
den würde.
öglichkeit der Zu-
zwischen dem bri-
rter gegeben sein,
urch engen euro-

uropa.

Genf, 20. Mai.

die Persönlichkeit
öst doch der Plan
rischen Charakter
nisse aus.
in der Richtung
en europäischen
ausgehende Aus-
gesehen werden.
opäischen Mächte
führen, daß das
itische und wirt-
endigerweise vom
hen Mächte ver-

Frage entstehen,
einer ausschließ-
nicht die wirklich
entscheidenden Fragen, die bisher den Völkerbund beschäftigten, bereits durch den Bund geregelt seien.

Hierbei müsse darauf hingewiesen werden, daß die bisherige zehnjährige Tätigkeit des Völkerbundes in erster Li-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300522-16/fragment/page=0005